

II-604 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

16.5.1967

262/A.B.
zu 265/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

des Bundesministers für Finanzen Dr. S c h m i t z
auf die Anfrage der Abgeordneten W e i k h a r t und Genossen,
betreffend Haftung für Darlehen an den Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds
sowie an den Wohnhaus-Wiederaufbau-fonds.

-.--.-.-.-

Mit Bezug auf die Anfrage der Abgeordneten Weikhart und Genossen vom
12. April 1967, Nr. 265/J, betreffend Haftung für Darlehen an den Bundes-
Wohn- und Siedlungsfonds sowie an den Wohnhaus-Wiederaufbau-fonds, beehre
ich mich mitzuteilen:

Der Wohnhaus-Wiederaufbau-fonds und der Bundes-Wohn- und Siedlungs-
fonds haben von der im Artikel VII Abs. 2 des Bundesfinanzgesetzes für
das Jahr 1966 enthaltenen Ermächtigung über je 350 Millionen Schilling
im Ausmaße von je 150 Millionen Schilling Gebrauch gemacht.

Im vergangenen Jahr wurden Anleihewünsche (einschließlich des Bundes)
in Höhe von rund 8 Milliarden Schilling an das Bundesministerium für Fi-
nanzen herangetragen. Da eine Inanspruchnahme des inländischen Kapitalmark-
tes in dieser Höhe ausgeschlossen war, wurden die Emissionen auf Rund die
Hälfte (4,2 Milliarden Schilling) gekürzt. Von dieser allgemeinen Kürzung
wurden auch die beiden Wohnbaufonds betroffen. Die Kürzung war für die
beiden Wohnbaufonds auch berechtigt, weil sie über beträchtliche Guthaben
bei Kreditinstituten verfügten (Ende 1965 Wohnhaus-Wiederaufbaufonds rund
831 Millionen Schilling, Wohn- und Siedlungsfonds rund 511 Millionen Schil-
ling). Im Hinblick auf die hohen Guthaben z.B. des Wohn- und Siedlungs-
fonds hat der Rechnungshof im Tätigkeitsbericht für das Verwaltungsjahr
1964, Pkt. 103 (5) sogar die Zweckmäßigkeit der Aufnahme von Anleihen
dieses Fonds und damit auch der Übernahme der Bundeshaftung bezweifelt.
Der Wohn- und Siedlungsfonds verfügte aber auch über Wertpapierbestände
von mehreren hundert Millionen Schilling, die allmählich im Einvernehmen
mit dem Bundesministerium für Finanzen und den Kreditinstituten dem Abver-
kauf zugeführt werden, wodurch wieder liquide Mittel dem Bundes-Wohn- und
Siedlungsfonds zugekommen sind bzw. noch zukommen.

Für die beiden Wohnbaufonds wurden im Emissionsplan 1967 vorerst je 100
Millionen Schilling im Frühjahr 1967 bereitgestellt. Die Kapitalmarktlage im
Jahre 1967 ist vorerst ähnlich wie im Jahr 1966, also äußerst angespannt, so-
daß die weitere Aufnahmefähigkeit des Marktes die weiteren Emissionsfreigaben
bestimmen wird.

-.--.-.-.-